

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1970

Ausgegeben am 28. Juli 1970

57. Stück

224. Bundesgesetz: Änderung des Einführungsgesetzes zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen

225. Bundesgesetz: Dienstpragmatik-Novelle 1970

226. Bundesgesetz: 2. Pensionsgesetz-Novelle

227. Bundesgesetz: 2. Novelle zur Bundesforste-Dienstordnung

228. Verordnung: Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz und dem Bauern-Pensionsversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1971

224. Bundesgesetz vom 1. Juli 1970, mit dem das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel 1

Artikel II des Einführungsgesetzes zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 1950, BGBl. Nr. 172, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 92/1959, 275/1964 und 143/1969, wird wie folgt geändert:

Abs. 2 lit. C Z. 28 erhält folgende Fassung:
„28. der Organe der wissenschaftlichen Hochschulen, der Akademie der bildenden Künste und der Kunsthochschulen;“.

Artikel 2

(1) Dieses Bundesgesetz tritt am 1. August 1970 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

		Jonas	
Kreisky		Rösch	Broda
Firnberg	Androsch	Weihls	Staribacher
	Moser	Kirchschläger	

225. Bundesgesetz vom 1. Juli 1970, mit dem die Dienstpragmatik ergänzt wird (Dienstpragmatik-Novelle 1970)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Die Dienstpragmatik, RGBl. Nr. 15/1914, in der Fassung der Dienstpragmatik-Novelle 1965,

BGBl. Nr. 165, und der Dienstpragmatik-Novelle 1969, BGBl. Nr. 148, wird abgeändert wie folgt:

1. Dem § 101 a Abs. 1 ist folgender Satz anzufügen:

„§ 16 Abs. 5 erster und zweiter Satz finden sinngemäß Anwendung.“

2. An die Stelle des Zweiten Hauptstückes treten im Anschluß an den § 155 folgende Bestimmungen:

Besondere Bestimmungen für Beamte der Bundesgendarmerie

Anwendungsbereich

§ 156. Für Beamte, die bei einer Dienststelle der Bundesgendarmerie verwendet werden (Beamte der Bundesgendarmerie), gelten die vorangehenden Bestimmungen dieses Abschnittes mit nachstehenden Abweichungen.

Begriffsbestimmungen

§ 157. (1) Dienstbehörden für die Beamten der Bundesgendarmerie sind hinsichtlich des Disziplinarrechtes der Bundesminister für Inneres und die dem Bundesministerium für Inneres unmittelbar unterstellten Gendarmeriedienststellen.

(2) Zur Führung der Dienstaufsicht berufene Vorgesetzte sind der Bundesminister für Inneres und die Kommandanten der dem Bundesministerium für Inneres unmittelbar unterstellten Gendarmeriedienststellen sowie alle übrigen regelmäßig oder im Einzelfall mit der Durchführung von Inspizierungen betrauten Gendarmeriebeamten und die Kommandanten geschlossener Einheiten vom Bezirksgendarmeriekommandanten aufwärts für die ihnen unterstehenden Gendarmeriebeamten.

Disziplinar Kommissionen

§ 158. (1) Zur Durchführung des Disziplinarverfahrens gegen Beamte der Bundesgendarmerie werden folgende Disziplinarbehörden errichtet:

- a) Disziplinar Kommissionen erster Instanz bei den Landesgendarmeriekommanden;
- b) eine Disziplinaroberkommission für die Bundesgendarmerie beim Bundesministerium für Inneres.

(2) Die Vorsitzenden der Disziplinar Kommissionen bei den Landesgendarmeriekommanden und die erforderliche Anzahl von Stellvertretern sind vom Bundesminister für Inneres aus dem Kreise der leitenden Gendarmeriebeamten der betreffenden Landesgendarmeriekommanden zu bestellen.

(3) Der Bundesminister für Inneres hat überdies für jede Disziplinar Kommission bei einem Landesgendarmeriekommando je zwölf Mitglieder aus dem Kreise der dienstführenden und der definitiven eingeteilten Beamten des Gendarmiedienstes des betreffenden Landesgendarmeriekommandos zu bestellen.

(4) Im Falle einer Zuweisung gemäß § 100 Abs. 2 finden die Bestimmungen des § 101 Abs. 2 mit der Maßgabe Anwendung, daß der Bundesminister für Inneres aus dem Personalstand der Dienststellen, bei denen keine Disziplinar Kommission bestellt wird, je sechs weitere Mitglieder zu bestellen hat.

(5) Für die Disziplinar Kommission beim Landesgendarmeriekommando für Niederösterreich hat der Bundesminister für Inneres überdies vier Beamte aus dem Kreise jener Beamten der Bundesgendarmerie, die nicht dem Dienstzweig „Gendarmerie“ angehören, zu bestellen.

(6) Der Vorsitzende, die Stellvertreter und zwölf Mitglieder der Disziplinaroberkommission für die Bundesgendarmerie sind vom Bundesminister für Inneres aus dem Kreise der leitenden Gendarmeriebeamten zu bestellen. Je weitere sechs Mitglieder sind aus dem Kreise der dienstführenden und eingeteilten Gendarmeriebeamten zu bestellen.

Zuständigkeit

§ 159. (1) Als Disziplinarbehörden erster Instanz sind zuständig:

- a) die Disziplinar Kommissionen bei den Landesgendarmeriekommanden für alle Beamten der Bundesgendarmerie, die im Bereiche des Landesgendarmeriekommandos oder bei einer gemäß § 100 Abs. 2 zugewiesenen Dienststelle in Verwendung stehen, mit Ausnahme der leitenden Gendarmeriebeamten;

- b) die Disziplinaroberkommission für die Bundesgendarmerie für alle leitenden Gendarmeriebeamten und alle sonstigen im Bundesministerium für Inneres in Verwendung stehenden Beamten der Bundesgendarmerie.

(2) Die Disziplinar Kommission beim Landesgendarmeriekommando für Niederösterreich ist überdies für die Disziplinarsachen jener Beamten der Bundesgendarmerie, die nicht dem Dienstzweig „Gendarmerie“ angehören, in erster Instanz zuständig.

(3) Als Disziplinarbehörden zweiter Instanz sind zuständig:

- a) die Disziplinaroberkommission für die Bundesgendarmerie gegen Entscheidungen der Disziplinar Kommissionen bei den Landesgendarmeriekommanden und
- b) die Oberste Disziplinar Kommission beim Bundeskanzleramt gegen erstinstanzliche Entscheidungen der Disziplinaroberkommission für die Bundesgendarmerie. In diesen Fällen müssen wenigstens zwei leitende Gendarmeriebeamte dem entscheidenden Senat der Obersten Disziplinar Kommission angehören.

Disziplinarsenate

§ 160. (1) Die Disziplinar Kommissionen bei den Landesgendarmeriekommanden haben gemäß § 104 Abs. 4 je zwei Senate zu bilden.

(2) Der erste Senat der Disziplinar Kommission beim Landesgendarmeriekommando besteht aus dem Vorsitzenden der Disziplinar Kommission und vier Mitgliedern aus dem Kreise der dienstführenden Gendarmeriebeamten für Disziplinarangelegenheiten dieser Beamten, der zweite Senat aus dem rangältesten Stellvertreter des Vorsitzenden der Disziplinar Kommission und vier Mitgliedern aus dem Kreise der eingeteilten Gendarmeriebeamten für die Disziplinarangelegenheiten dieser Beamten. Im Vorsitz in den Senaten können der Vorsitzende der Disziplinar Kommission und die Stellvertreter einander vertreten.

(3) Im Falle einer Zuweisung gemäß § 100 Abs. 2 und im Falle des § 159 Abs. 2 sind die erforderlichen weiteren Senate zu bilden.

(4) Wenn die Disziplinaroberkommission für die Bundesgendarmerie über eine Disziplinarsache eines dienstführenden oder eingeteilten Gendarmeriebeamten zu entscheiden hat, müssen dem Senat zwei Mitglieder der Verwendungsgruppe des beschuldigten Beamten angehören.

Disziplinaranwälte

§ 161. Zu Disziplinaranwälten und deren Stellvertretern sind leitende Gendarmeriebeamte zu bestellen.

Untersuchungskommissäre

§ 162. Zu Untersuchungskommissären bei den im § 159 Abs. 1 genannten Disziplinar Kommissionen sind geeignete Gendarmeriebeamte zu stellen.

Artikel II

Aufhebung von Vorschriften

Mit dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes treten außer Kraft:

1. Das Gesetz vom 6. Februar 1919, StGBI. Nr. 92, betreffend die Handhabung der disziplinarischen Strafgewalt bei der Gendarmerie des deutschösterreichischen Staates;
2. die Vollzugsanweisung des Staatsamtes des Innern vom 2. März 1919, StGBI. Nr. 161, betreffend die Erlassung einer Disziplinarvorschrift für die Gendarmerie des deutschösterreichischen Staates;
3. das Gendarmeriedienstgesetz 1957, BGBl. Nr. 255.

Artikel III

Übergangsbestimmungen

(1) Die Mitglieder der Disziplinar Kommissionen nach § 158 sind erstmals innerhalb eines Monats nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes zu bestellen. Ihre Funktionsdauer endet mit 31. Dezember 1972. Die Senate sind innerhalb von zwei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes zu bilden.

(2) Die vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes bestellten Disziplinar Kommissionen haben ihre Tätigkeit mit Ablauf von zwei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes einzustellen, falls jedoch bereits eine mündliche Verhandlung stattgefunden hat, bis zum Abschluß des Verfahrens fortzusetzen.

Artikel IV

Vollziehung

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist hinsichtlich des Art. I Z. 1 die Bundesregierung, hinsichtlich der übrigen Bestimmungen der Bundesminister für Inneres betraut.

	Jonas		
Kreisky	Rösch	Broda	
Firnberg	Androsch	Weihs	Staribacher
Moser		Kirchschläger	

226. Bundesgesetz vom 1. Juli 1970, mit dem das Pensionsgesetz 1965 neuerlich abgeändert wird (2. Pensionsgesetz-Novelle)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 21. Mai 1969, BGBl. Nr. 200, wird abgeändert wie folgt:

Artikel I

1. § 15 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Der Witwenversorgungsgenuß beträgt 55 v. H. des Ruhegenusses, der der ruhegenußfähigen Gesamtdienstzeit des Beamten und der von ihm im Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem Dienststand erreichten besoldungsrechtlichen Stellung entspricht, mindestens aber 38'5 v. H. der Ruhegenußbemessungsgrundlage nach § 4 Abs. 2. Die Bestimmungen des § 5 Abs. 2 und 3 gelten sinngemäß.“

2. Der erste Satz des § 19 Abs. 5 hat zu lauten:

„Der Versorgungsgenuß der Witwe und der Versorgungsgenuß der früheren Ehefrau dürfen zusammen 110 v. H. des Ruhegenusses nicht übersteigen, auf den der verstorbene Beamte Anspruch gehabt hätte.“

3. § 22 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Die Versorgungsgenußzulage beträgt für die Witwe 55 v. H., für eine Halbweise 10 v. H. und für eine Vollweise 25 v. H. der nach den Vorschriften des § 12 in Betracht kommenden Ruhegenußzulage.“

4. § 60 Abs. 1 Ziffer 3 hat zu lauten:

„3. Für die Anwendung der Bestimmungen des § 5 Abs. 2 und 3 gilt Ziffer 2 sinngemäß.“

5. Dem § 60 Abs. 1 ist folgende Ziffer 7 anzufügen:

„7. Ruhegenußvordienstzeiten werden nur auf Antrag und nur insoweit angerechnet, als dies zum Erreichen des Anspruches auf den vollen Ruhegenuß (§ 4 Abs. 2 und § 7) erforderlich ist. Die Anrechnung wird, wenn der Antrag bis zum 31. Dezember 1970 gestellt wird, mit dem sich aus Ziffer 2 ergebenden Tag, ansonsten mit dem der Antragstellung folgenden Monatsersten, frühestens jedoch mit dem sich aus Ziffer 2 ergebenden Tag wirksam. Von der Anrechnung sind unbeschadet der Bestimmungen des § 54 folgende Ruhegenußvordienstzeiten ausgeschlossen:

- a) Zeiten, die als Versicherungszeiten bei der Ermittlung einer wiederkehrenden Leistung aus der gesetzlichen Pensionsversicherung berücksichtigt worden sind,
- b) die nach § 55 Abs. 1 bedingt anrechenbaren Zeiten, wenn keine der Bedingungen erfüllt ist.

Für die Leistung des besonderen Pensionsbeitrages gelten die Bestimmungen des § 56 sinngemäß mit der Maßgabe, daß der Hundertsatz fünf beträgt und daß die Bemessungsgrundlage das Anfangsgehalt (einschließlich einer allfälligen Teuerungszulage) bildet, das

im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Anrechnung der Besoldungs- und Verwendungsgruppe entspricht, nach der sich der ruhegenußfähige Monatsbezug richtet. Ist im ruhegenußfähigen Monatsbezug eine Zulage enthalten, so ist die Bemessungsgrundlage um das Ausmaß der entsprechenden niedrigsten Zulage (einschließlich einer allfälligen Teuerungszulage) zu erhöhen. Erfolgt die Anrechnung auf Antrag von Hinterbliebenen, so vermindert sich der besondere Pensionsbeitrag für den einzelnen Hinterbliebenen um das Ausmaß, das sich im Monat des Wirksamwerdens der Anrechnung aus dem Verhältnis zwischen dem Ruhegenuß und dem Versorgungsgenuß des Hinterbliebenen ergibt.“

Artikel II

1. § 15 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Der Witwenversorgungsgenuß beträgt 60 v. H. des Ruhegenusses, der der ruhegenußfähigen Gesamtdienstzeit des Beamten und der von ihm im Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem Dienststand erreichten besoldungsrechtlichen Stellung entspricht, mindestens aber 42 v. H. der Ruhegenußbemessungsgrundlage nach § 4 Abs. 2. Die Bestimmungen des § 5 Abs. 2 und 3 gelten sinngemäß.“

2. § 18 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Der Waisenversorgungsgenuß beträgt

- a) für jede Halbwaise 12 v. H. des Ruhegenusses, der der ruhegenußfähigen Gesamtdienstzeit des Beamten und der von ihm im Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem Dienststand erreichten besoldungsrechtlichen Stellung entspricht, mindestens aber 84 v. H. der Ruhegenußbemessungsgrundlage nach § 4 Abs. 2,
- b) für jede Vollwaise 30 v. H. des Ruhegenusses, der der ruhegenußfähigen Gesamtdienstzeit des Beamten und der von ihm im Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem Dienststand erreichten besoldungsrechtlichen Stellung entspricht, mindestens aber 21 v. H. der Ruhegenußbemessungsgrundlage nach § 4 Abs. 2.

Die Bestimmungen des § 5 Abs. 2 und 3 und des § 15 Abs. 2 gelten sinngemäß.“

3. Der erste Satz des § 19 Abs. 5 hat zu lauten:

„Der Versorgungsgenuß der Witwe und der Versorgungsgenuß der früheren Ehefrau dürfen zusammen 120 v. H. des Ruhegenusses nicht übersteigen, auf den der verstorbene Beamte Anspruch gehabt hätte.“

4. § 22 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Die Versorgungsgenußzulage beträgt für die Witwe 60 v. H., für eine Halbwaise 12 v. H. und für eine Vollwaise 30 v. H. der nach den Vorschriften des § 12 in Betracht kommenden Ruhegenußzulage.“

Artikel III

(1) Es treten in Kraft:

1. Art. I Z. 4 am 1. Jänner 1966,
2. Art. II am 1. Juli 1971,
3. alle übrigen Bestimmungen dieses Bundesgesetzes am 1. Juli 1970.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung, in Angelegenheiten jedoch, die nur ein Bundesministerium betreffen, der zuständige Bundesminister betraut.

		Jonas		
	Kreisky	Rösch	Broda	
Firnberg	Androsch	Weih	Staribacher	
	Moser	Kirchschläger		

227. Bundesgesetz vom 1. Juli 1970, mit dem die Bundesforste-Dienstordnung geändert wird (2. Novelle zur Bundesforste-Dienstordnung)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Die Bundesforste-Dienstordnung, BGBl. Nr. 201/1969, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 466/1969 und der Kundmachung BGBl. Nr. 121/1970 wird wie folgt geändert:

§ 25 Abs. 6 lautet:

„(6) Der Zuschlag beträgt für jeden vollen Punkt

- a) für Bedienstete der Verwendungsstufe A 3 S 18'30 und
- b) für Bedienstete der Verwendungsstufe C 2 oder C 3 S 44.“

Artikel II

Auf die im Art. I angeführten Beträge sind die Bestimmungen des § 75 der Bundesforste-Dienstordnung anzuwenden.

Artikel III

(1) Dieses Bundesgesetz tritt rückwirkend mit 1. Jänner 1970 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist, soweit darin nichts anderes bestimmt ist, der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betraut.

	Jonas	
Kreisky		Weih

228. Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 10. Juli 1970 über die Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz und dem Bauern-Pensionsversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1971

Auf Grund der §§ 108 d und 108 i des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955, und der §§ 32 a, 32 d und 32 f des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 292/1957, beide Gesetze in der Fassung des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, sowie der §§ 24 und 26 des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 28/1970, wird verordnet:

Artikel I

Für das Kalenderjahr 1971 werden festgestellt:

1. der Meßbetrag nach § 108 b Abs. 2 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit S 266'06;

2. die Höchstbeitragsgrundlage nach § 108 b Abs. 3 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit S 270'— kalendertäglich;

3. die Aufwertungsfaktoren nach § 108 c des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes

für die Jahre	mit dem Faktor
1938 und früher	19,955
1939 bis 1946	17,738
1947	9,978
1948	5,987
1949	5,026
1950	3,991
1951	2,956
1952	2,660
1953	2,513
1954	2,365
1955	2,291
1956	2,188
1957	2,098
1958	2,041
1959	1,996
1960	1,848
1961	1,715
1962	1,582
1963	1,478
1964	1,382
1965	1,279
1966	1,201
1967	1,121
1968	1,064

Artikel II

Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1971 an die Stelle im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz genannter fester Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung vom 3. Juli 1969, BGBl. Nr. 247, bzw. im Art. I Z. 10 lit. b der 24. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 446/1969, angeführten Beträge wie folgt festgestellt:

1. im § 76 b Abs. 1 Z. 2 und 3 statt 34 S mit 36 S,
2. im § 77 Abs. 4 Z. 1 statt 16.080 S mit 17.222 S,
3. im § 77 Abs. 4 Z. 2 statt 26.569 S mit 28.455 S,
4. im § 94 Abs. 1 statt 2162 S mit 2300 S,
5. im § 94 Abs. 1 statt 3844 S mit 4090 S,
6. im § 94 Abs. 3 statt 601 S mit 639 S,
7. im § 105 a Abs. 2 statt 606 S mit 649 S,
8. im § 105 a Abs. 2 statt 1212 S mit 1298 S,
9. im § 122 Abs. 2 Z. 2 statt 988 S mit 1051 S,
10. im § 152 Abs. 1 statt 988 S mit 1051 S,
11. im § 181 Abs. 1 statt 16.080 S mit 17.222 S,
12. im § 253 Abs. 1 statt 1251 S mit 1331 S,
13. im § 262 Abs. 2 statt 80 S mit 86 S,
14. im § 276 Abs. 1 statt 1251 S mit 1331 S,
15. im § 292 Abs. 2 lit. h statt 416 S mit 443 S,
16. im § 292 Abs. 3 statt 1333 S mit 1428 S,
17. im § 292 Abs. 3 statt 499 S mit 534 S,
18. im § 292 Abs. 3 statt 749 S mit 802 S,
19. im § 292 Abs. 3 statt 885 S mit 948 S,
20. im § 292 Abs. 3 statt 518 S mit 555 S,
21. im § 292 Abs. 3 statt 144 S mit 154 S,
22. im § 522 k Abs. 2 statt 417'20 S mit 447 S.

Artikel III

Der im Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit Verordnung vom 10. Juli 1970, BGBl. Nr. 211, für das Kalenderjahr 1971 mit 1,071 festgesetzte Anpassungsfaktor ist in diesem Ausmaß für das Kalenderjahr 1971 auch im Bereich des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes verbindlich.

Artikel IV

Für das Kalenderjahr 1971 werden festgestellt:

1. die Höchstbeitragsgrundlage nach § 32 b Abs. 3 des Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes mit 8100 S;

2. die Aufwertungsfaktoren nach § 32 c des
Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversiche-
rungsgesetzes

für die Jahre	mit dem Faktor
1938 und früher	19,955
1939 bis 1946	17,738
1947	9,978
1948	5,987
1949	5,026
1950	3,991
1951	2,956
1952	2,660
1953	2,513
1954	2,365
1955	2,291
1956	2,188
1957	2,098
1958	2,041
1959	1,996
1960	1,848
1961	1,715
1962	1,582
1963	1,478
1964	1,382
1965	1,279
1966	1,201
1967	1,121
1968	1,064

Artikel V

Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1971 an die Stelle im Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz genannter fester Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung vom 3. Juli 1969, BGBl. Nr. 247, in der Fassung der Verordnung vom 24. Feber 1970, BGBl. Nr. 95, bzw. im Art. I Z. 30 lit. c der 18. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 447/1969, angeführten Beträge wie folgt festgestellt:

1. im § 17 Abs. 4 statt 1001 S mit 1065 S,
2. im § 42 Abs. 1 statt 2162 S mit 2300 S,
3. im § 42 Abs. 1 statt 3844 S mit 4090 S,
4. im § 42 Abs. 3 statt 601 S mit 639 S,
5. im § 54 a Abs. 2 statt 606 S mit 649 S,
6. im § 54 a Abs. 2 statt 1212 S mit 1298 S,
7. im § 83 Abs. 2 statt 80 S mit 86 S,
8. im § 89 Abs. 2 lit. i statt 416 S mit 443 S,
9. im § 89 Abs. 3 statt 1333 S mit 1428 S,
10. im § 89 Abs. 3 statt 499 S mit 534 S,
11. im § 89 Abs. 3 statt 749 S mit 802 S,
12. im § 89 Abs. 3 statt 885 S mit 948 S,
13. im § 89 Abs. 3 statt 518 S mit 555 S,
14. im § 89 Abs. 3 statt 144 S mit 154 S.

Artikel VI

Der im Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit Verordnung vom 10. Juli 1970, BGBl. Nr. 211, für das Kalenderjahr 1971 mit 1,071 festgesetzte Anpassungsfaktor ist in diesem Ausmaß für das Kalenderjahr 1971 auch im Bereich des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes verbindlich.

Artikel VII

Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1971 an die Stelle im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz genannter fester Beträge treten, werden wie folgt festgestellt:

1. Im § 12 Abs. 4

- a) Für die gemäß § 2 Abs. 1 Z. 1 Pflichtversicherten

in der Versicherungsklasse	statt	mit
I	87'60 S	93 S
II	95'75 S	102 S
III	108'50 S	115 S
IV	121'25 S	129 S
V	134'— S	143 S
VI	146'75 S	156 S
VII	166'— S	177 S
VIII	191'50 S	204 S
IX	217'— S	231 S
X	242'50 S	258 S
XI	281'— S	299 S
XII	332'— S	353 S
XIII	383'— S	408 S
XIV	434'— S	462 S
XV	485'— S	516 S
XVI	535'— S	569 S
XVII	580'— S	617 S
XVIII	620'— S	660 S
XIX	655'— S	697 S
XX	669'40 S	712 S,

- b) für die gemäß § 2 Abs. 1 Z. 2 Pflichtversicherten

in der Versicherungsklasse	statt	mit
I bis X	87'60 S	93 S
XI	93'70 S	100 S
XII	110'70 S	118 S
XIII	127'70 S	136 S
XIV	144'70 S	154 S
XV	161'70 S	172 S
XVI	178'30 S	190 S
XVII	193'30 S	206 S
XVIII	206'70 S	220 S
XIX	218'30 S	232 S
XX	223'10 S	237 S,

2. im § 34 Abs. 1 statt 2162 S mit 2300 S,
3. im § 34 Abs. 1 statt 3844 S mit 4090 S,
4. im § 34 Abs. 3 statt 601 S mit 639 S,
5. im § 48 Abs. 2 statt 606 S mit 649 S,
6. im § 48 Abs. 2 statt 1212 S mit 1298 S,

7. im § 62 Abs. 1 lit. a

in der Versicherungsklasse	statt	mit
I	763 S	817 S
II	834 S	893 S
III	945 S	1012 S
IV	1055 S	1130 S
V	1166 S	1249 S
VI	1277 S	1368 S
VII	1445 S	1548 S
VIII	1667 S	1785 S
IX	1889 S	2023 S
X	2111 S	2261 S
XI	2446 S	2620 S
XII	2890 S	3095 S
XIII	3334 S	3571 S
XIV	3778 S	4046 S
XV	4222 S	4522 S
XVI	4657 S	4988 S
XVII	5049 S	5407 S
XVIII	5397 S	5780 S
XIX	5702 S	6107 S
XX	5827 S	6241 S

8. im § 62 Abs. 1 lit. b

in der Versicherungsklasse	statt	mit
I bis X	763 S	817 S
XI	815 S	873 S
XII	963 S	1031 S
XIII	1111 S	1190 S
XIV	1259 S	1348 S
XV	1407 S	1507 S
XVI	1552 S	1662 S

in der Versicherungsklasse	statt	mit
XVII	1683 S	1802 S
XVIII	1799 S	1927 S
XIX	1901 S	2036 S
XX	1942 S	2080 S

9. im § 79 Abs. 2 statt 80 S mit 86 S,
 10. im § 85 Abs. 2 lit. i statt 416 S mit 443 S,
 11. im § 85 Abs. 4 statt 1333 S mit 1428 S,
 12. im § 85 Abs. 4 statt 499 S mit 534 S,
 13. im § 85 Abs. 4 statt 749 S mit 802 S,
 14. im § 85 Abs. 4 statt 885 S mit 948 S,
 15. im § 85 Abs. 4 statt 518 S mit 555 S,
 16. im § 85 Abs. 4 statt 144 S mit 154 S,
 17. im § 151 Abs. 4 Z. 2 lit. a statt 528 S mit 565 S,
 18. im § 151 Abs. 4 Z. 3 statt 80 S mit 86 S.

Artikel VIII

Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1971 an die Stelle im Bauern-Pensionsversicherungsgesetz bezogener fester Beträge treten, werden wie folgt festgestellt:

1. im § 151 Abs. 7 statt 356 S mit 381 S,
2. im § 151 Abs. 7 statt 328 S mit 351 S,
3. im § 151 Abs. 7 statt 300 S mit 321 S,
4. im § 151 Abs. 7 statt 272 S mit 291 S,
5. im § 151 Abs. 7 statt 244 S mit 261 S.

Häuser



AMTLICHE SAMMLUNG

WIEDERVERLAUTBARER ÖSTERREICHISCHER RECHTSVORSCHRIFTEN

Bisher sind erschienen:

<p style="text-align: center;">1945:</p> <p>Heft 1: Österreichische Strafprozeß- ordnung vergriffen</p> <p>Heft 2: Österreichisches Strafgesetz S 10'—</p> <p>Heft 3: Vergnügungssteuergesetz für Wien.. S 1'—</p> <p style="text-align: center;">1949:</p> <p>Heft 1: Wohnungsanforderungsgesetz 1949.. S 1'50</p> <p>Heft 2: Lastverteilungsgesetz 1949 S 1'20</p> <p>Heft 3: Wuchergesetz 1949 S 1'—</p> <p>Heft 4: Jugendgerichtsgesetz 1949 S 2'—</p> <p>Heft 5: Staatsbürgerschaftsrecht 1949 S 1'50</p> <p>Heft 6: Gesetz über die bedingte Verurteilung 1949 S 1'20</p> <p style="text-align: center;">1950:</p> <p>Heft 1: Patentrecht 1950 vergriffen</p> <p>Heft 2/3: Verwaltungsverfahren Agrarverfahrens-Gesetz S 25'—</p> <p>Heft 4: Wiedereinstellungsgesetz 1950 S 4'—</p> <p>Heft 5: Epidemiegesetz 1950 S 7'—</p> <p>Heft 6: Preisregelungsgesetz 1950 S 4'—</p> <p style="text-align: center;">1951:</p> <p>Heft 1: Agrarbehördengesetz 1950 S 2'—</p> <p>Heft 2: Todeserklärungsgesetz 1950 S 3'—</p> <p>Heft 3: Paßgesetz 1951 S 6'—</p> <p>Heft 4: Kraftloserklärungsgesetz 1951 S 4'—</p> <p>Heft 5: Abgabeneinhebungsgesetz 1951 S 4'50</p> <p>Heft 6: Rechtsvorschriften auf dem Gebiete der Bodenreform S 16'—</p> <p>Heft 7: Arbeitshausgesetz 1951 S 5'—</p> <p>Heft 8: Vereinsgesetz 1951 vergriffen</p> <p>Heft 9: Suchtgiftgesetz 1951 S 4'—</p> <p>Heft 10: Giftgesetz 1951 S 6'—</p> <p>Heft 11: Lebensmittelgesetz 1951 S 14'—</p> <p style="text-align: center;">1952:</p> <p>Heft 1: Verwaltungsgerichtshofgesetz — VwGG. 1952 S 16'—</p> <p>Heft 2: Lebensmittelbewirtschaftungs- gesetz 1952 S 7'—</p> <p>Heft 3: Feuerschutzsteuergesetz 1952 S 4'—</p> <p>Heft 4: Lastverteilungsgesetz 1952 S 6'—</p> <p style="text-align: center;">1953:</p> <p>Heft 1: Einführungsgesetz zur Exekutions- ordnung (EGEO.) vergriffen</p> <p>Heft 2: Invalideneinstellungsgesetz 1953 ... S 7'50</p> <p>Heft 3: Beförderungssteuergesetz 1953 S 5'—</p> <p>Heft 4: Markenrecht S 11'—</p> <p>Heft 5: Musterschutzgesetz 1953 S 5'50</p> <p>Heft 6: Verfassungsgerichtshofgesetz — VerfGG. 1953 S 12'—</p> <p>Heft 7: Versammlungsgesetz 1953 S 3'50</p> <p>Heft 8: Sozialversicherungs-Überleitungs- gesetz 1953 — SV-ÜG. 1953 S 28'—</p> <p>Heft 9: Verwaltungsgesetz 1952 S 7'—</p> <p>Heft 10: Wohnungsanforderungsgesetz 1953. S 10'—</p> <p style="text-align: center;">1954:</p> <p>Heft 1: Eisenbahnteilungsgesetz — Eisenb.Ent.G. 1954 vergriffen</p>	<p style="text-align: center;">1956:</p> <p>Heft 1: Arbeitsinspektionsgesetz 1956 — ArbIG. 1956 vergriffen</p> <p>Heft 2: Milchwirtschaftsgesetz 1956 S 7'50</p> <p>Heft 3: Getreidewirtschaftsgesetz 1956 S 6'50</p> <p>Heft 4: Viehverkehrsgesetz 1956 S 6'50</p> <p style="text-align: center;">1957:</p> <p>Heft 1: Nationalrats-Wahlordnung 1957 ... S 17'—</p> <p>Heft 2: Bundespräsidenten-Wahlgesetz 1957 S 7'—</p> <p>Heft 3: Bauarbeiter-Urlaubsgesetz 1957 S 4'50</p> <p>Heft 4: Bauarbeiter-Schlechtwetter- entschädigungsgesetz 1957 vergriffen</p> <p>Heft 5: Preisregelungsgesetz 1957 S 10'—</p> <p>Heft 6: Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Kriegsofferversorgungswesens.. S 26'—</p> <p>Heft 7: Feiertagsruhegesetz 1957 S 8'—</p> <p>Heft 8: Hausbesorgerordnung 1957 S 6'—</p> <p>Heft 9: Gebührengesetz 1957 S 28'—</p> <p style="text-align: center;">1958:</p> <p>Heft 1: Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 — AlVG. 1958 S 8'—</p> <p style="text-align: center;">1959:</p> <p>Heft 1: Arbeiterurlaubsgesetz 1959 S 2'80</p> <p>Heft 2: Nationalrats-Wahlordnung 1959 .. S 35'—</p> <p>Heft 3: Wasserrechtsgesetz 1959 — WRG. 1959 S 50'—</p> <p>Heft 4: Kartellgesetz 1959 S 15'—</p> <p style="text-align: center;">1960:</p> <p>Heft 1: Strafprozeßordnung 1960 S 16'—</p> <p style="text-align: center;">1961:</p> <p>Heft 1: Heimarbeitsgesetz 1960 S 62'—</p> <p style="text-align: center;">1962:</p> <p>Heft 1: Nationalrats-Wahlordnung 1962 ... S 44'—</p> <p>Heft 2: Bundespräsidenten-Wahlgesetz 1962 S 12'—</p> <p>Heft 3: Volksabstimmungsgesetz 1962 S 14'—</p> <p>Heft 4: Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962 (GEG. 1962) S 10'—</p> <p>Heft 5: Gerichts- und Justizverwaltungs- gebührengesetz 1962 (GJGebGes. 1962) S 40'—</p> <p style="text-align: center;">1964:</p> <p>Heft 1: Hebammengesetz 1963 S 12'—</p> <p>Heft 2: Mühlengesetz 1963 S 14'—</p> <p style="text-align: center;">1965:</p> <p>Heft 1: Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965 — VwGG. 1965 S 26'—</p> <p>Heft 2: Gebührenanspruchsgesetz 1965 — GebAG. 1965 S 30'—</p> <p style="text-align: center;">1968:</p> <p>Heft 1: Marktordnungsgesetz 1967 S 40'—</p> <p style="text-align: center;">1970:</p> <p>Heft 1: Wählerevidenzgesetz 1970 S 18'—</p> <p>Heft 2: Nationalrats-Wahlordnung 1970 ... S 62'—</p>
---	--

Zu beziehen durch die Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei—Wiener Zeitung
Wien I, Wollzeile 27 a, Telefon 52 43 42, und alle Buchhandlungen